

Ruth Humbel – Ständeratskandidatin

Ruth Humbel in den Ständerat

Am Nominationsparteitag vom 16. Oktober 2014 haben die Delegierten mit 38 zu 0 Stimmen Ruth Humbel als Ständeratskandidatin nominiert. Mit Ruth Humbel schlägt die CVP eine starke und versierte Politikerin für die Wahl des frei werdenden Ständeratssitzes vor. Neben ihrer langjährigen Polit-Erfahrung im Nationalrat in Bern hat sich Ruth Humbel eine ausgewiesene Expertise in der Gesundheits- und Sozialpolitik erarbeitet. Ruth Humbel steht ein für ihre Meinung und vertritt diese zuweilen hartnäckig. Sie ist sachorientiert und klar, aber auch bereit, für gute Lösungen Kompromisse einzugehen.

Was ist Ihre Motivation für die Ständeratskandidatur?

Als Aargauer Bürgerin sowie langjährige Gross- und Nationalrätin kenne ich den Aargau, seine Regionen, seine Menschen und seine Bedürfnisse gut und würde mich politisch gern noch spezifischer für den Aargau einsetzen. Zudem

wird im Ständerat sachbezogener und weniger parteipolitisch politisiert als im Nationalrat. Dieser pragmatische Politstil entspricht mir besser.

(Fortsetzung im Innenteil)



Ruth Humbel, die Ständeratskandidatin der CVP Aargau.

Sonderparteitag

CVP Aargau stärkt Vereinbarkeit von Beruf und Familie



Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband, am Sonderparteitag.



Diskussion zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Am Sonderparteitag der CVP Aargau zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie vom 25. September 2014 haben Experten und Betroffene aus Politik und Wirtschaft Massnahmen diskutiert, wie man der Problematik der demografischen Entwicklung und der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Herr werden könnte. Die CVP fordert: optimierte

Schulstrukturen, steuerliche Vorteile für familienfreundliche Unternehmen, erleichterter Wiedereinstieg ins Erwerbsleben, flexibler Übergang ins Rentenalter und die Vereinbarkeit als Kriterium bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Das Manifest finden Sie auf www.cvp-aargau.ch unter Themen.

Das neue PIZ ist da

Die CVP Aargau hat unserer Geschäftsführerin Susan Diethelm den Auftrag erteilt, das PIZ leserfreundlicher und moderner zu gestalten. Was nun vorliegt, ist das Resultat dieses Auftrages. Keine Revolution, sondern ein leserfreundlicheres und abwechslungsreicheres PIZ. Wir meinen, es ist gut gelungen, es passt zu uns, zur CVP Aargau.

Wir wollen gestalten, wir wollen in der Politik helfen, bessere Lösungen für unseren Kanton und seine Bevölkerung zu finden. Wir protzen nicht, wir bleiben bescheiden, aber wir wissen, was wir wollen. So haben wir am Sonderparteitag vom 25. September 2014 konkrete Vorschläge für eine moderne Familienpolitik präsentiert und wollen damit den politisch Verantwortlichen und der Wirtschaft Beine machen, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch im Aargau endlich vorwärts kommt. Dies ist nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative dringend notwendig und eine konkrete und sinnvolle Massnahme zur Reduzierung der Einwanderung – und es unterstützt viele junge Familien im Alltag.

Markus Zemp,
Parteipräsident



Goldinitiative

Goldene Fesseln für die Schweizer Nationalbank

Die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold», welche am 30. November zur Abstimmung kommt und von Mitgliedern der SVP lanciert wurde, will in der Bundesverfassung verankert haben, dass die Nationalbank mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss, dieses Gold nicht mehr verkauft werden darf und die Goldreserven, welche im Ausland lagern, in die Schweiz zurücktransportiert werden müssen.

Im Nationalrat wurde die Initiative mit 129 Stimmen zu 20 Stimmen und 25 Enthaltungen dem Volk zur Ablehnung empfohlen, im Ständerat gar ohne Gegenstimme. Das heisst, nicht einmal die SVP stand geschlossen dahinter. Einstimmig dagegen war die CVP-Bundeshausfraktion.

Die Schweizerische Nationalbank hat den gesetzlichen Auftrag, die Preisstabilität zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Dafür hat sie flexibel zu sein und möglichst unabhängig. Ein hoher und vor allem unverkäuflicher und somit

unbewirtschaftbarer Anteil von Gold in den Aktiven stellt unsere dynamische und erfolgreiche Geld- und Währungspolitik fundamental in Frage. Gerade auch, weil Gold zu einer sehr schwankungsanfälligen Währung geworden ist. Kein Sinn macht die vollständige Rückführung der Goldreserven. Derzeit lagern 70 Prozent allen Goldes in der Schweiz, 20 Prozent in Grossbritannien und 10 Prozent in Kanada. Dieser geografischen Diversifikation liegt der Gedanke der Risikoverminderung zugrunde und wird von vielen Ländern so gehandhabt.

Marianne Binder, Grossrätin

Höhere Steuern für Mittelstand und KMU?

NEIN!
ZUR PAUSCHALBESTEUERUNGSMASSNEHME

30. November 2014

Pauschalbesteuerungsinitiative ablehnen

Die Pauschalbesteuerung ist für die einen eine ungerechtfertigte Steuerreduktion, für die anderen ein unverzichtbares Standortelement, das auch viele andere europäische Staaten kennen. Das Eidgenössische Parlament hat den Bedenken Rechnung getragen und die Voraussetzungen für eine Pauschalbesteuerung auf 2016 verschärft. Auch der Kanton Aargau wird mit der eben lancierten kleinen Steuergesetzrevision die Neuerungen des Bundesrechts über-

nehmen. Damit wird die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessert, ohne dass die Schweiz einen Standortnachteil erleidet. Auch der Bundesrat und die Eidgenössischen Räte sehen dies so: Sie alle empfehlen die Volksinitiative zur Ablehnung. Der Kanton Aargau ist übrigens nur marginal betroffen. Zurzeit befinden sich nur sechzehn Pauschalbesteuerte im Kanton, die insgesamt rund 1,5 Millionen

Franken an Kantons- und Gemeindesteuern bezahlen. Vor drei Jahren hat der Grosse Rat eine Motion zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung auf kantonaler Ebene deutlich abgelehnt.



Roland Brogli,
Landammann

Die Schweiz in einen Schraubstock zwingen?
Ecopop - NEIN!

ECO
POP
NEIN!

AARGAUER KOMITEE.CH

Ecopop-Initiative

Nein zur extremen Ecopop-Initiative

In meiner 1.-August-Rede habe ich den Erfolg der Schweiz darin gesehen, dass wir bisher kleine Schritte in die richtige Richtung unternommen haben. Die CVP war dabei ein entscheidender Erfolgsfaktor. Plötzlich werden aber extreme Initiativen mehrheitsfähig und das könnte unseren Erfolg in Zukunft schmälern. Die Ecopop-Initiative wäre eine davon.

Zwar verspricht die Ecopop-Initiative mehr Ökologie und Nachhaltigkeit. Doch in Tat und Wahrheit diktiert sie der Schweiz eine starre Zuwanderungspolitik. Diese wäre in ihrer Umsetzung noch schwieriger als die Masseneinwanderungsinitiative, welche jetzt schon grosse Verunsicherung auslöst. Die Folge: Die wirtschaftliche Entwicklung wird regelrecht abgewürgt. Ausserdem will Ecopop, dass die Schweiz in Entwicklungsländern massenhaft Verhü-

tungsmittel verteilt, anstatt Brunnen, Schulen und Spitäler zu finanzieren. Ich empfehle Ihnen deshalb, mit der Ablehnung ein deutliches Zeichen gegen extreme Initiativen zu setzen.

Ralf Bucher, Grossrat



Abstimmungsempfehlungen der CVP Aargau für den 30. November 2014

Eidgenössische Vorlagen

Ecopop-Initiative	Nein
Gold-Initiative	Nein
Pauschalbesteuerungs-Initiative	Nein

Ständeratskandidatin Ruth Humbel

Wieso sollte man Sie in den Ständerat wählen?

Ich stehe weder am linken noch am rechten Pol, politisiere unabhängig, lösungsorientiert und setze mich für gangbare politische Wege ein. Ich bin einzig dem Aargau und den Aargauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern verpflichtet.

Was wollen Sie bewirken?

Solidarität und Gemeinsinn, Selbstverantwortung und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, eine liberale Wirtschaftsordnung und ein gutes Bildungssystem, direkte Demokratie und Föderalismus, Toleranz und Anstand im politischen Umgang: Das sind die zentralen Werte, die unser Land so erfolgreich gemacht haben und diese Werte sind mir Wegleitung in meinem politischen Wirken.

Was sind Ihre politischen Schwerpunkte?

Meine politischen Schwerpunkte liegen in der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie in staats- und migrationspolitischen Fragen. In diesen Themenbereichen arbeite ich in den jeweiligen Spezialkommissionen des Nationalrates mit. Namentlich in der Gesundheitspolitik engagiere ich mich für ein gutes, finanzierbares Gesund-

heitswesen mit gutem Zugang für alle Menschen sowie für die Ausbildung von genügend eigenem Gesundheitspersonal, insbesondere Ärzte/Ärztinnen und Pflegefachpersonen.

Was sind Ihrer Meinung nach die Herausforderungen für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Die Sicherung der Sozialwerke, insbesondere die Revision der Altersvorsorge 2020, sowie die Umsetzung der Massenzuwanderungsinitiative sind zentrale Reformprojekte der nächsten Jahre. Spezifisch für den Aargau sehe ich folgende politischen Schwerpunkte: Die Sicherung der Standortqualität als Energiekanton im Rahmen der Energiewende, Sanierung und Ausbau von Bahn- und Strasseninfrastrukturen sowie die klare Positionierung des Aargaus als Forschungs- und Werkplatz.

Wo ist Ihr Rückzugsort vom politischen Alltagsstress?

Zu Hause beim Faulenzen oder joggend im Wald. Wenn ich der Reuss entlang oder über einen heimischen Hügel laufe, spüre ich nichts von Dichtestress, sondern geniesse das befreiende Gefühl der schönen Sicht in weite, grüne Landschaften. ■



Ruth Humbel im heimischen Rebberg in Birnenstorf.

Sonderparteitag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zwei Fragen an Grossrätin Marianne Binder-Keller zur Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsleben

Die Delegierten haben ein Manifest zur Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsleben verabschiedet. Dabei wurde der CVP-Vereinbarkeitsartikel im letzten Jahr abgelehnt. Ist das nicht eine Zwängerei?

Nein, denn es geht nicht darum, einen neuen Entscheid zu erzwingen, sondern die richtigen Schlüsse aus dem Abstimmungsergebnis zu ziehen. 55% des Volkes haben dem Artikel zugestimmt, die Stände haben abgelehnt. Im Abstimmungskampf wurden unkontrollierbare Kosten und eine Art Zwangstagesschulung aller Kinder befürchtet. Das heisst für uns: Bessere Rahmenbedingungen für die heutige Familienpolitik sind vom Volk gewünscht, sie sollen jedoch kantonal geregelt werden, möglichst kostenneutral erfolgen und die freie Wahl des

Familienmodells nicht beeinträchtigen. Unterdessen ist die Masseneinwanderungsinitiative angenommen worden. Die Personenfreizügigkeit in der bisherigen Form wird es nicht mehr geben, was zu einem Fachkräftemangel führt. Bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit werden ein Teil der Strategie sein, diesen Mangel an Fachkräften im Inland auszugleichen.

Das ist aber nicht gratis zu haben. Mehr Tagesbetreuungsstätten beispielsweise kosten doch...

Vereinbarkeit bedeutet nicht nur teure Krippenplätze, Vereinbarkeit bedeutet auch die bessere Anerkennung der Familienarbeit beim Wiedereinstieg von Frauen ins Erwerbsleben oder beim Aufnehmen eines Ausbildungslehrgangs. Vereinbar-

keit bedeutet steuerliche Erleichterungen für familienfreundliche Unternehmen, die ältere Arbeitnehmer fördern, in Tagesbetreuungsstrukturen investieren oder gute Arbeitszeitmodelle anbieten. Vereinbarkeit bedeutet bessere Stundenpläne analog zu den ausländischen. Blockzeiten allein reichen nicht, es braucht moderne, wirklich familienfreundliche «Öffnungszeiten» unserer Schulen. Prüfen wollen wir auch die Förderung von öffentlichen und privaten Tagesschulen mittels Leistungsvereinbarungen. Tagesschulen decken ein Bedürfnis ab, welchem die Volksschule nicht nachkommen kann. Zudem soll bei öffentlichen Vergaben die Vereinbarkeit ein Kriterium sein. Die CVP-Fraktion wird im Grossrat mit Vorstössen aktiv werden. ■



Viele Amtsträger sind der Einladung der CVP Bezirkspartei gefolgt.

CVP Bezirk Bremgarten

Amtsträgeranlass

Anfang September 2014 hat die CVP Bezirk Bremgarten alle Mandats- und Amtsträger der CVP eingeladen. Im Restaurant JoJo in Bremgarten haben sich rund 30 Personen eingefunden. Sie bekleiden Ämter als Gemeinderat, Schulpfleger, Kulturkommissionsmitglied, Einwohnerrat, Grossrat etc. Karl Heinz Graf, Präsident der CVP Bezirk Bremgarten, begrüsst die Anwesenden: «Mit diesem Anlass will die CVP Bezirk Bremgarten Danke sagen für den unermüdlichen Einsatz zugunsten

der CVP.» Die Diskussionsrunde, welche eingeläutet wurde durch das Referat von Lukas Golder, gfs Bern, und der Imbiss haben den Austausch, das Kennenlernen und das Zusammenwachsen gestärkt. Die CVP Bezirk Bremgarten will nun die Anregungen aus der Diskussion in die politische Arbeit einbringen, stärker öffentlich präsent sein und die Zusammenarbeit und den Austausch innerhalb der CVP im Bezirk vertiefen.

JCVP Präsident Michael Kaufmann

Kein Populismus – orange Sachpolitik

Der Kanton Aargau braucht keinen linken und rechten Populismus, sondern orange Sachpolitik. Dafür steht die Junge CVP Aargau mit ihrer Nationalratsliste ein.

Die Junge CVP Aargau ist stolz, dass sie den Nationalratswahlkampf mit einer eigenen Liste bestreiten wird. Sechs Listenplätze sind an einsatzfreudige KandidatInnen vergeben. Mit weiteren ist der Vorstand im Gespräch. Wir freuen uns, Seite an Seite mit den Kandidierenden der CVP Aargau in den Wahlkampf zu starten.

Der Aargau braucht Persönlichkeiten, die den Wirtschaftsstandort Aargau nicht schädigen, sondern voranbringen. Es braucht keine Lehrerpranger, sondern einen interessanten und informativen Staatskundeunterricht. Damit würde die Grundlage zur Diskussion über das Stimmrechtsalter 16 geschaffen.



«Wer die (J)CVP wählt, wählt Brückenbauer und keine Sprengmeister», so Christophe Darbellay in einem Zitat.

Herbstanlass CVP Bezirke Laufenburg und Rheinfelden

Wie weiter mit der integrativen Schulung

Für die Herbstveranstaltung der CVP-Bezirksparteien Laufenburg und Rheinfelden wurde das Thema «Ist die integrative Schulung ein Auslaufmodell?» gewählt. Als Fachreferent konnte der Departementsvorsteher des BKS, Regierungsrat Alex Hürzeler, gewonnen werden.

In seinem Einstiegsreferat erwähnte Alex Hürzeler, dass sich das Thema Integrative Schulung stark beruhigt habe. Erst die Diskussion um das Sparpaket der Regierung mit den damit zusammenhängenden Vorstössen hat der Thematik wieder Auftrieb gegeben. 90% der Primarschulen und 75% der Oberstufenschulen haben bis heute die integrative Schulung eingeführt. Das heisst, dass an diesen Schulen speziell zu betreuende Schülerinnen und Schüler in der Regelklasse verbleiben und dort nicht nur von der Klassenlehrperson, sondern auch von

einer heilpädagogisch ausgebildeten Lehrperson betreut werden. Hürzeler hob hervor, dass die Schulpflegen letztlich darüber entscheiden, ob die Integration eingeführt wird oder ob die Förderung über sogenannte Kleinklassen erfolge. Im Prinzip hätten sich beide Modelle bewährt. Aufgrund des Personalmangels besonders bei Heilpädagogen sind Verbesserungen notwendig. Beim von den Bezirksparteien offerierten Apéro wurde dann noch rege weiterdiskutiert.



Alex Hürzeler, Regierungsrat, mit Patrick Burgherr, Bezirksparteipräsident Rheinfelden, und Martin Steinacher, Grossrat und Bezirksparteipräsident Laufenburg.

Agenda



30. November 2014

Volksabstimmung

11. Dezember 2014, 19.30 Uhr

Frauenweihnacht CVP Frauen Aargau

Waldhütte Birmenstorf

21. Januar 2015, 19.30 Uhr

Parteitag CVP Aargau

25. Februar 2015

Nominationsparteitag Nationalratswahlen
mit Christoph Darbellay, Präsident CVP Schweiz
Festsaal, Muri



8. März 2015

Volksabstimmung

25. April 2015

Parteitag CVP Schweiz
im Kanton Aargau

AZB
5000 Aarau

Herausgeber

CVP Aargau,
Mitgliederzeitschrift der CVP Aargau

Erscheinungsweise

4–5× jährlich

Jahresabonnement

Fr. 40.–

Auflage

10 000 Exemplare

Administration

Sekretariat CVP Aargau,
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97, Fax 056 222 93 52

E-Mail

info@cvp-aargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen